

Februar 2015

## Rede zum Haushaltsplan 2015

(von Peter Dunkl, Fraktionsvorsitzender Bündnis 90 / DIE GRÜNEN)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Karl,  
sehr geehrte Damen und Herren von der Verwaltung,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sehr verehrte anwesende Bürgerinnen und Bürger

Im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, möchte ich auch in diesem Jahr wieder insbesondere Herrn Trunzer, meinen Dank für die geleistete Arbeit am vorliegenden Zahlenwerk aussprechen. Danken möchte ich aber auch allen anderen, die am Zustandekommen dieses Haushaltsplans beteiligt waren. Und dabei spricht für unser Gremium, dass es auch in diesem Jahr bei den Vorberatungen zu keinen feindseligen Kontroversen kam und die Fraktionen überwiegend gewohnt wertschätzend miteinander umgingen.

Und um es gleich vorweg zu sagen, wir Grüne sehen keine schwerwiegenden Gründe, warum wir dem vorliegenden Haushaltsplan nicht zustimmen sollten.

Die großen Projekte sind, - zumindest haushaltsmäßig – weitgehend abgeschlossen.

Probleme macht uns nur noch das Familienzentrum, wo sich noch eine unangenehme Überraschung ergeben hatte und die Landeszuschüsse in der geplanten Höhe noch nicht gesichert sind.

Neue große Projekte stehen aktuell nicht an.

Im Wesentlichen geht es jetzt um Erhalt und mit der Breitbandverkabelung auch um den Ausbau der Infrastruktur und - hoffentlich nicht nur für uns Grüne - ganz besonders wichtig, um Energiesparinvestitionen.

Kosten also, die sich zum großen Teil erst in der Zukunft für Bammamentals Bürger rechnen werden.

Kurz gesagt: Wir werden dem vorliegenden Haushaltsplan 2015 zustimmen.

Allerdings möchte ich auch in diesem Jahr wieder die Gelegenheit nutzen, anlässlich der Haushaltsverabschiedung, einige unserer Gedanken zur Gegenwart und Zukunft unserer Gemeinde darzustellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre – und gerade auch bei der Durchsicht früherer Haushaltsreden, die noch von Optimismus durchzogen waren – muss ich gestehen, dass sich bei mir persönlich - wie auch in unserer Fraktion - inzwischen Enttäuschung breit macht. Ich werde deshalb heute ein wenig kritischere Töne anschlagen.

Wobei ich explizit feststellen möchte, dass wir in diese Kritik auch uns selbst einschließen.

Nach über 25 Jahren im Gemeinderat weiß ich, dass man sehr viel Geduld braucht - das gehört zur Demokratie. Ich weiß aber auch, dass Vieles nicht passiert oder ausgesessen wird, wenn man nicht ständig dran bleibt.

Als kleines Beispiel sei die Instandsetzung des Wegs um den Bammertsberg genannt. Das zieht sich jetzt seit weit mehr als einem Jahr. Und mir ist es inzwischen peinlich, immer wieder daran erinnern zu müssen.

Ein anderes – schon etwas größeres - Beispiel ist das Thema Parken:

Die Mehrheit - und allen voran der Bürgermeister - hatte sich in den Haushaltsberatungen vor einem Jahr gegen die Stelle eines Gemeindevollzugsbeamten ausgesprochen, um gegen die rücksichtslose Falschparkerei vorzugehen.

Über das Ziel: „Keine Behinderung von Kinderwagen schiebenden Eltern und Rollator nutzenden älteren Bürgern durch zugeparkte Gehwege“ – über dieses Ziel schienen wir uns aber einig zu sein – nur nicht über das geeignete Mittel.

Als einer der Unterlegenen hatte ich in meiner Rede vor einem Jahr gesagt:

*„Wenn wir es mit der Parkdisziplin wirklich Ernst nehmen wollen – und Falschparker in Bammental nicht weiterhin einfach glücklich bleiben sollen (siehe RNZ vom 25. Januar 2015 ) – dann müssen wir uns mehr einfallen lassen und wohl doch Geld dafür in die Hand nehmen. Mit diesem Haushaltsplan scheint mir vorerst festgeschrieben, dass das getan wird, was schon immer getan wurde – nämlich wenig bis nichts gegen die rücksichtslose Parkerei - vor allem, aber nicht nur, in der Hauptstraße.“*

*Herr Bürgermeister, Sie als vehementer Ablehner des Mittels Gemeindevollzugsdienst stehen hier im Wort, dass wir für Bammental noch in diesem Jahr ein Konzept bekommen, mit dem der uns allen bekannte Missstand angepackt wird.“*

Nun, Sie alle wissen: bedauerlicherweise hatte ich recht und bislang ist tatsächlich nichts passiert. Das kurz vor Jahresende einberufene Treffen, war in dieser Form überflüssig und das haben auch anwesende Bürger so benannt. Ähnlich bewerte ich die Gesprächsrunde am 11. diesen Monats hier im Saal. Das ist ärgerlich, aber davon geht die Welt nicht unter.

Ein wirklich großes Thema, bei dem es tatsächlich um den Untergang gehen könnte, ist dagegen der Klimaschutz.

Gottseidank hat sich - wie in den Gemeindenachrichten zu lesen war - die CDU/Bürgervereinigung jetzt dieser Sache angenommen. Hoffen wir, dass dies die Mehrheitsmeinung der Fraktion und nicht nur eine Einzelmeinung ist.

Aber im Ernst:

Für Maßnahmen in diesem Bereich hatten wir auf Antrag der Grünen 50.000 € in den Haushalt 2013 eingestellt. Ursprünglich hatten wir in diesem Antrag sogar 100.000 € gefordert. Von diesen 50.000 konnte jetzt noch ein Rest von 25.000 € in den vorliegenden Haushalt 2015 übertragen werden. Darüber könnten sich Kollegen, die die Welt hauptsächlich durch die Finanz- und Sparbrille betrachten, freuen – wurde doch schließlich nicht unnötig Geld der Bürger ausgegeben.

Aber wenn von 50.000 € für klimapolitische Maßnahmen nach 2 Jahren immer noch die Hälfte übrig ist, dann heißt das leider auch, dass hier nicht viel passiert sein kann.

Und wenn man sich unsere Bammentaler Aktivitäten zum Schutz des Klimas betrachtet, muss man den Eindruck gewinnen, dass alles halb so schlimm ist; dass noch genügend Zeit zur Verfügung steht, um das Erdklima menschenfreundlich zu erhalten – also auch noch viel Zeit für unseren kleinen lokalen Bammentaler Beitrag zur Lösung des globalen Problems.

Allerdings ist nicht nur auf den Fidschiinseln oder sonst wo weit weg, sondern auch hier in Baden-Württemberg der Klimawandel schon in vollem Gange:

Die LUBW ließ die langjährigen Messreihen an einigen ausgewählten Wetterstationen im Ländle auswerten. Auch hier bestätigten sich die Trends des Klimawandels.

Ganz besonders betroffen ist die Rheinebene. So wird die Anzahl der Sommertage z.B. in Karlsruhe von derzeit knapp 60 Tagen bis Mitte des Jahrhunderts auf über 80 Tage ansteigen. Die Niederschläge im Winter werden je nach Region um bis zu 35 Prozent zunehmen. Damit einher geht eine größere Hochwassergefahr im Winter. Für den Neckar wurde z.B. ermittelt, dass ein Jahrhundert-Hochwasser bis zum Jahr 2050 um 15 Prozent mehr Wasser führen könnte als bisher.

Die Zahl heftiger Gewitter wird voraussichtlich ebenfalls zunehmen und damit auch kleinere Flüsse und Bäche mit Hochwasser bedrohen. Insgesamt werden aber im Sommer die Trockenperioden wahrscheinlich häufiger auftreten und länger dauern.

(soweit die Prognosen der LUBW).

Ohne geeignete Anpassungs- oder Gegenmaßnahmen wird der Klimawandel wegen Überflutung, Dürre, Sturm- und Hochwasserschäden weltweit hohe Folgekosten nach sich ziehen.

Unser gewaltiges Hochwasserrückhaltebecken am kleinen Weihwiesenbach mit Kosten von über 2 Mill. Euro Steuergeldern gibt uns als trauriges Beispiel einen kleinen Vorgeschmack darauf, was zu erwarten ist.

Frage: Wären vorsorgende Investitionen in den Klimaschutz und Anpassungsmaßnahmen nicht für alle günstiger? Und die oben aufgeführten Probleme sind fast noch die Kleineren, verglichen mit den mit dem Klimawandel verbundenen Gefahren für das Trinkwasser und die Ernährungssicherung überhaupt.

Auch hier tragen die Länder des Südens schon jetzt – und zukünftig noch viel mehr – die Hauptlast.

Gemeinsam ist allen diesen Problemen, dass sie sich nur noch von einigen Ignoranten verleugnen lassen. Der Streit in der Politik geht inzwischen im Wesentlichen nur noch darum, ob man sich besser auf vorsorgende, vorbeugende Maßnahmen verlegen soll oder ob es nicht besser sei, dann nachzurüsten, wenn das Problem da ist. Letzteres Denken ist dann meist noch kombiniert mit dem Argument, dass man sich Investitionen in den Klimaschutz auch leisten können muss.

Mit einer solchen Haltung wird gekonnt ausgeblendet, dass damit zukünftigen Generationen Kosten aufgezwingen werden, die vermutlich noch weit höher sein werden.

Gottseidank passiert nicht überall so wenig wie bei uns.

Bei einer Jubiläumsfeier in Neckargemünd behauptete kürzlich ein grüner Stadtrat: nachdem die dortige Entscheidung, ihr Schulzentrum in Passivhaus-Bauweise zu bauen, damals noch ein hartes Ringen gewesen war, sei es heute gar keine Frage mehr, dass städtische Neubauten als Passivhäuser gebaut würden. Weder der Bürgermeister, noch anwesende Stadträte anderer Fraktionen haben dem widersprochen. Haben da in unserer unmittelbaren Nachbarschaft Grüne den Kollegen aus anderen Fraktionen den Verstand vernebelt oder hat die dortige Mehrheit erkannt, was die Stunde geschlagen hat?

Etwas ganz anderes fällt mir da zu Bammental ein. Hier entstehen unnötig hohe Energiekosten auch dadurch, dass seit geraumer Zeit (Jahren) mindestens eines unserer 2 BHKWs überwiegend nicht läuft. Chefsache oder Querschnittsaufgabe scheint der Energieverbrauch in Bammental noch nicht zu sein.

Immerhin hat der Gemeinderat im vergangenen Herbst ohne Diskussion endlich die Ziele des Runden Tisches Energiewende beschlossen, die der RTE für die Gemeinde erarbeitet und schon im Juni 2013 einstimmig beschlossen hatte.

Damit hat sich der Bammentaler GR das Ziel gesetzt, „bis 2035 den verbleibenden Energiebedarf durch erneuerbare Energien zu decken und damit den Klimaschutz voranzubringen“. Aber wenn das nicht einfach ein billiges Lippenbekenntnis bleiben soll, müssen jetzt Taten folgen. Und dazu gehört auch, dass die dort aufgeführten Ziele zukünftig bei (allen) haushaltsrelevanten Entscheidungen zur Grundlage zu nehmen sind.

Dass wir jetzt 300.000 € für die energetische Sanierung des Schulzentrums in die mittelfristige Finanzplanung eingestellt haben, ist ein guter Schritt in die richtige Richtung, jedoch liegt für uns die Einplanung in 2017 und 2018 zu weit in der Zukunft. Wir werden darauf hin arbeiten, dass bereits in 2016 Maßnahmen umgesetzt werden können. Ob die bereits im vorliegenden Haushalt eingeplanten 10.000 € für Planungsarbeiten und Heizungsoptimierung dafür ausreichen werden, wird sich zeigen.

Unseren Antrag zur Beschleunigung des Heizungspumpenaustausches sehen wir selbst nur als ganz kleinen Beitrag. Mit dem „50x50-Programm“ soll lediglich ein Anreiz an die Bürger gegeben werden, etwas ohnehin Sinnvolles möglichst schnell zu tun.

Eine große Hoffnung verbindet unsere Fraktion mit der Einstellung der kommunalen Energiemanagerin (Frau Lang). Hier möchte ich Herrn BM Karl ausdrücklich unsere Anerkennung dafür aussprechen, dass er sich trotz großer Hürden (d. h. trotz mehrerer ablehnender Bescheide) nicht entmutigen ließ.

**Aber:** die Klimamanagerin braucht jetzt auch die uneingeschränkte Unterstützung von Verwaltung und Gemeinderat, wenn sie es in begrenzter Zeit schaffen soll, wenigstens einen Großteil der kommunalen Projekte in Angriff zu nehmen, die notwendig sind, um Energie einsparen oder effizienter nutzen zu können.

Ganz wichtig erscheint uns in diesem Zusammenhang, dass sich die Kosten sowohl für den Energieverbrauch, als auch für energierelevante Sanierungsinvestitionen entschieden deutlicher sowohl im Haushaltsplan, als auch in der Jahresrechnung abzeichnen - sprich: auch von den Laien unter uns ohne Mühen erkennen lassen. Optimal wäre es, hierzu eine eigene Haushaltsstelle zu haben, um alle klimarelevanten Aufwendungen der Gemeinde übersichtlich aufzeigen und verfolgen zu können.

Unsere diesbezüglichen Wünsche richten sich auf den Verwaltungs- wie auch den Vermögenshaushalt. In beiden vermischen sich energetisch relevante Ausgaben mit ganz anderen Buchungen auf diversen Kostenstellen. So finden sich zum Beispiel unter dem Punkt „Unterhalt der Grundstücke und baulichen Maßnahmen“ die Kosten für Planung und Umsetzung energetischer Maßnahmen in Elsenzhalle oder Schulzentrum zusammen mit den Kosten für die Taubenaktion und der Anschaffung eines Rasenmähers.

Oder es werden Bagatellbeträge für Posten wie Porto und Telefon bei jeder Einrichtung eigens dargestellt, aber die Energiekosten sind für den Laien nicht herauszulesen. Vermutlich verschwinden sie hinter dem Posten „Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen“ Lediglich bei der Elsenztalschule sind für 2014 Energiekosten in Höhe von 10.700 € aufgeführt, was aber kaum der gesamte Energieverbrauch (Strom, Wärme) sein dürfte, wenn alleine die Müllgebühr für das Schulzentrum ähnlich hoch ist.

Eine ernsthafte Analyse ist so kaum möglich. Um in Zukunft die Verbrauchszahlen differenziert aufgelistet sehen zu können, werden wir den Antrag einbringen, dass die Verwaltung dem GR mindestens jährlich einen Nachhaltigkeitsbericht vorlegt, in dem die Energiekosten auch nach ihrer Art Strom, Wärme etc. aufgeschlüsselt sind.

Mit der Energiemanagerin dürfte dies zukünftig ja kein Problem sein.

Energiepolitisch möchte ich zum Neubaugebiet „Breite Äcker“ zweierlei sagen:

*Erstens rückblickend:* Leider wurde hier verpasst ein klimapolitisches Ausrufezeichen zu setzen und energetische Einsparforderungen zu definieren, die die ENEC-Grenzwerte deutlich unterschreiten. Es gab – obwohl keinerlei Zeitdruck bestand – seitens der Verwaltung keine erkennbaren klimapolitischen Überlegungen bei der Vorbereitung und Erstellung des Bebauungsplans „Breite Äcker“.

Die Arbeitsgruppen des Runden Tisches hechelten mit ihren Überlegungen hinterher. Und der RTE tut es mit der Idee eines intelligenten Wärmenetzes noch heute.

*Zweitens ausblickend:* Wir erwarten aus dem Neubaugebiet geschätzt einen Überschuss von etwa einer halben Million Euro für die Gemeinde. Diese Quelle wird nicht endlos fließen, weshalb uns dann kaum was anderes bleibt, als Sparen.

Die Alternative zum Sparen wäre weiterer Flächenverbrauch. Und diese Gefahr besteht leider, solange der Markt es hergibt.

Aber das ist nicht unsere Vorstellung. Wir Grüne setzen dagegen auf das Konzept des innerörtlichen Flächenmanagements.

Also bleibt doch nur das Sparen. Aber im Sparzwang liegt auch eine Chance: Wenn Sparen nämlich bedeutet, auch bei Energieausgaben zu sparen, dann kommt Sparen nicht nur unserem Haushalt, sondern auch dem Klima zugute.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch wenn ich heute den Schwerpunkt deutlich auf das Thema Klima lege, lassen uns andere Themen keineswegs kalt.

**Bildung** und somit auch der Schulstandort Bammental bleibt für uns weiterhin ein Thema von besonderer Wichtigkeit.

Beginnen wir mit dem Bereich der frühkindlichen Bildung. Die beiden kommunalen Kindergärten sind personell weiter aufgestockt worden und der Waldorfindergarten bekommt endlich eine nennenswerte finanzielle Beteiligung. Auch das Angebot der U3-Gruppen, ob kommunal oder in Trägerschaft von Kinderreich, wird gut angenommen und zeigt, welche gute Arbeit in unseren Kindertageseinrichtungen geleistet wird.

Zu guten Schulen gehört insbesondere eine gute Ausstattung, für die wir als Schulträger verantwortlich sind. Wir sind deshalb froh über die Fortführung der Finanzierung für Schulsozialarbeit in der ETS und ein paar Stunden für einen Schulpsychologen am Gymnasium. Einer Ausweitung dieser wichtigen Einrichtungen würden wir uns kaum entgegen stellen. Und wir begrüßen auch die beiden FSJ-Stellen für beide Schulen.

Auf unsere Anregung hin haben 2 Workshops zur Bammentaler Schulentwicklung stattgefunden. Diese haben ergeben, dass 2017 mindestens 3 Räume fehlen und bis zum Schuljahr 2018/19 voraussichtlich 5 weitere Unterrichtsräume gebraucht werden. Eine evtl Ganztagsgrundschule ist hier noch nicht mit bedacht. Hierzu müssen jetzt Lösungsvorschläge erarbeitet werden - vielleicht in einem noch ausstehenden dritten Workshop - und wenn es sich als notwendig erweist, müssen die entsprechenden Mittel in die mittelfristige Finanzplanung eingestellt werden.

### **Bürgerbeteiligung**

Wir können stolz darauf sein, dass recht viele Bürgerinnen und Bürger bereit sind, sich einzubringen. Das macht sich auch gut in der Presse. Anzumerken ist hier allerdings, dass aus anfänglich vielen dann ganz rasant recht wenige werden. Kann es sein, dass die zunächst Motivierten den Eindruck gewinnen, dass wenig passiert und der Einsatz sich kaum lohnt?

Wie weit der Einbezug von Bürgern tatsächlich geht, werden wir bei der in Kürze anstehenden

**Forsteinrichtung** sehen.

Erstmals werden hier u. a. Vertreter des BUND ihre Ideen dazu einbringen dürfen. Es wird um einen Ausgleich gehen müssen zwischen dem Bestreben nach möglichst hohen Erlösen und einer nachhaltigen, zukunftsfähigen Waldwirtschaft. Neben dem klassischen Naturschutz, wie der Sorge um die Artenvielfalt, ist auch hier Klimawandel ein aktuelles Thema:

Welche Baumarten werden in Zukunft noch standortgerecht sein?

Welche Pflanzen- und Tierarten sind dadurch vom Aussterben bedroht?

Apropos Baum: Viele Bürgerinnen fragen, warum die verbliebene Linde auf dem Rathausvorplatz jetzt auch noch gefällt wurde. Die Antwort, die man ihnen geben muss, erinnert an einen

Schildbürgerstreich. Die Antwort lautet nämlich: Man hat vor Jahren die falsche, nämlich die kranke Linde stehen lassen und die gesunde in einer nächtlichen Aktion abgesägt. Das war zwar das Werk von Herrn Karls Vorgänger im Amt, kostet uns aber im aktuellen Haushalt 10.000 €. Natürlich sind wir als Fraktion dafür, dass die Mittel bereitgestellt werden, eine neue, gesunde möglichst große Linde an die Stelle der kranken zu pflanzen, aber noch lieber wäre es uns gewesen, wenn die Kosten gar nicht erst angefallen wären.

Wir reden hier zwar zum Haushalt, aber es ist offensichtlich, dass wesentliche Dinge nicht alleine über das Geld zu regeln sind.

Insbesondere in einer Zeit, da die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklafft, müssen wir wach sein, wenn Bürger Sorgen haben, dass sie möglicherweise abgehängt werden oder es tatsächlich schon sind. Die Verwaltung ist eine wichtige Anlaufstelle für Menschen in Notlagen. Unser Bürgerbüro ist deshalb ein wichtiger Ort des Gehörtwerdens. Die Verwaltung sollte nicht zögern, festgestellte Probleme an den Gemeinderat heranzutragen. Achtsam auf die sozialen Verwerfungen zu reagieren und sich, wo es nötig ist, um Abhilfe zu bemühen, das ist eine wesentliche Voraussetzung für ein gelingendes gesellschaftliches Zusammenleben – auch in einer Gemeinde. In diesem Zusammenhang sind wir als Grüne auch froh darüber, dass Gemeinderat und Verwaltung sich nicht davon abbringen ließen, die Notunterkunft Schwimmbadstraße 21 an gleicher Stelle neu zu bauen und damit menschenwürdig zu machen.

Hier geht es nicht vorrangig um Baukosten – zudem es einen neuen Topf mit Zuschüssen vom Land gibt, die die Gemeinde auch schon beantragt hat - hier geht es auch um eine Willkommenskultur. Wir setzen uns weiter konsequent gegen Rassismus und rechtes Gedankengut ein, damit Bammental ein Ort für Weltoffenheit und Toleranz bleibt.

Bevor ich zum Schluss komme, möchte ich einen Gedanken äußern, mit dem wir möglicherweise bei einigen Kollegen unsere mühsam erworbene Seriosität wieder verspielen. Ich werde das Risiko eingehen:

Wie eingangs gesagt: Große Bauprojekte sind abgeschlossen – jetzt ist Zeit für die **Sanierungsprojekte**. Es ist deshalb gut, dass alleine im Haushaltplan 2015 rund eine Million für die Sanierung von Straßen und Kanalisation beschlossen wurden. Aus Gründen der Nachhaltigkeit muss das auch umgesetzt werden und in den nächsten Jahren fortgeführt werden. Bammentials Zukunftsfähigkeit wird auch auf diesem Gebiet entschieden.

Die Pro-Kopf-Verschuldung ist in Bammental auf einem absoluten Niedrigstrekord. Das ist erfreulich, darauf können wir stolz sein, aber:

**Absolute Schuldenfreiheit ist für uns Grüne kein Ziel! -  
Zumindest steht dies nicht als Glaubenssatz an vorderster Stelle.**

Schon alleine deshalb nicht, weil uns bei geringeren Schulden die Zuschüsse oder Ausgleichsmittel gekürzt werden.

Aber Schulden, die für Investitionen in die Zukunft gemacht werden und dazu zählen für uns sowohl Maßnahmen, die dem Erhalt der Infrastruktur dienen, als auch Klimapolitische Maßnahmen, halten wir nicht für leichtsinnig, sondern viel eher für höchst verantwortlich, denn sie sorgen für die Zukunft kommender Generationen.

Sanierungen, die sowieso anstehen, sollten so schnell wie möglich in Angriff genommen werden, besonders wenn sie im Anschluss Kosten einsparen. Von den in der mittelfristigen Finanzplanung angedachten Projekten sollten möglichst viele Projekte bereits in diesem Jahr vorbereitet werden, damit sie 2016 in die Realisierungsphase gehen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wäre es nicht der richtige Schritt, für energiesparende Maßnahmen bei dem derzeit absolut niedrigen Zinsniveau Kredite aufzunehmen. Im Endeffekt können dann mit eingesparten Energiekosten Kreditkosten gezahlt werden und gleichzeitig der Umwelt und Nachwelt etwas Gutes getan werden.

Lassen Sie mich zum Ende meiner Rede noch einen etwas sarkastischen Satz zum **Gemeindeentwicklungsplan** sagen:

Ich freue mich inzwischen wohl zum 8. Mal, dass in diesem Jahr endlich damit begonnen wird.

Ganz im Ernst aber möchte ich feststellen:

Hätten wir derzeit schon den längst überfälligen Gemeinde-Entwicklungsplan, dann hätten wir auch eine klare Orientierung für die Entscheidung, ob und wie sich die Interessen eines Handelskonzerns mit den Interessen unsere Gemeinde decken. Sie können sich denken, dass ich hier die Netto-Neubaupläne anspreche, die der Konzern trotz ablehnendem Votum des Gemeinderats - leider auch mit Unterstützung unseres Bürgermeisters –selbstverständlich eifrig weiter verfolgt.

Meine Damen und Herren – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.